

Künftig mehr Zwangsbehandlungen möglich - Gesetz ist beschlossen worden
von Martin Lindheimer

Manche werden es schon mitbekommen haben, dass es seit dem 22.6. den neuen §1906a gibt. Die Abstimmung im Bundestag dauerte nur wenige Minuten. Dafür stimmte die CDU sowie die SPD. Von den Grünen kamen Enthaltungen und Die Linke stimmte dagegen.

Menschen können jetzt zwangsbehandelt werden, auch wenn sie nicht zwangsweise untergebracht sind, d.h. sich freiwillig im Krankenhaus befinden. Außerdem können Menschen gegen ihren Willen ins Krankenhaus gebracht werden. Angeblich soll ein Richtervorbehalt Schutz vor diesen Methoden bieten.

Viele Menschen wissen aber aus leidvoller Erfahrung, dass Richter meistens den Zwangsbehandlungs-Wünschen der Ärzte folgen - oder denen der Betreuer oder denen der Angehörigen, oder denen des Heimes usw. usf. Dabei werden die Bevormundeten, d.h. davon betroffenen Menschen, häufig nicht ernst genommen, sollte man sie überhaupt ernsthaft fragen, was sie wollen.

Wer war dafür und hat das Gesetz bei der Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss begrüßt (evtl. kleinen Bedenken)?

Gudrun Schliebener vom **Bundesverband der Angehörigen**, Antje Welke von der **Lebenshilfe**, Chefarzt der Berliner **Charité** Prof. Dr. Heinz, der **Deutsche Richterbund** Peter Fölsch, Prof. Volker Lipp von der **Uni Göttingen**, Annette Loer für die **Berufsbetreuer**.

Der einzige Sachverständige, der nicht ins den Begrüßungschor einstimmen wollte, und den Gesetzentwurf ablehnte war Chefarzt **Dr. Martin Zinkler** von der **Klinik in Heidenheim**. Menschen, die das Krankenhaus nicht verlassen können, sind besonders schutzbedürftig, argumentierte Zinkler. „Der Gesetzentwurf schwächt aber deren Schutz“, indem er auch bei ihnen Zwangsbehandlungen zulässt. In seiner Klinik ist seit 6 Jahren nur eine einzige Zwangsbehandlung mit Schilddrüsenmedikamenten durchgeführt worden, es gab in den Jahren nicht eine einzige neuroleptische Zwangsbehandlung.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Organisationen, Mitgliedern des BPE, Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und Freunden, die Zeit und Kraft hatten, sich gegen das Gesetz einzusetzen, bedanken.